

Verbindliche Hinweise zur Bearbeitung des Formblatts

- *Der Bieter hat die in den grau hinterlegten markierten Bereichen des Formblatts geforderten Angaben und Erklärungen abzugeben. Hierzu sind – soweit vorgesehen – die grauen Felder in der Datei vollständig auszufüllen.*
- *Die geforderten Anlagen sind dem Formblatt beizufügen.*
- *Das ausgefüllte Formularblatt ist mit den Anlagen und zusammen mit den übrigen Angebotsbestandteilen gemäß den Vorgaben im Verfahrensbrief bis zum Ablauf der Angebotsfrist über das E-Vergabe-Portal zu übermitteln.*

1. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1-3 GWB:

Ich/Wir erkläre(n), dass keine Person, deren Verhalten meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen¹ ist, in den vergangenen 5 Jahren rechtskräftig verurteilt oder gegen mein/unser Unternehmen in den vergangenen 5 Jahren keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist,² jeweils wegen einer Straftat nach

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

¹ Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

² Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Aus-nutzung einer Freiheitsberaubung).

2. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 4 GWB:

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meiner/unserer Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung nachgekommen bin/sind.

3. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 124 Abs. 1 Nrn. 1-4, 7 und 8 GWB:

Ich/Wir erkläre(n), dass in den vergangenen 3 Jahren

- weder mein/unser Unternehmen noch eine Person, deren Verhalten meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, bei der Ausführung öffentlicher Aufträge gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- mein/unser Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen meines/unseres Unternehmen(s) kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse nicht abgelehnt worden ist, und sich mein/unser Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- weder mein/unser Unternehmen noch eine Person, deren Verhalten meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, im Rahmen der beruflichen Tätigkeit eine schwere Ver-

fehlung begangen hat, durch die die Integrität meines/unseres Unternehmen(s) infrage gestellt wird,

- weder mein/unser Unternehmen noch eine Person, deren Verhalten meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, eine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- mein/unser Unternehmen nicht eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- mein/unser Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln.

4. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 98c Aufenthaltsgesetz und § 21 des Mindestlohngesetz:

Ich/Wir erkläre(n), dass in den vergangenen 3 Jahren

- weder mein/unser Unternehmen noch ein Angehöriger meines/unseres Unternehmens im Zusammenhang mit der Tätigkeit für das Unternehmen nach § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) wegen eines Verstoßes nach 23 AEntG in den vergangenen 3 Jahren mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 € belegt wurden,
- weder mein/unser Unternehmen noch dessen nach Satzung oder Gesetz vorgesehene Vertretungsberechtigten nach einer der in § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG) aufgeführten Regelungen in den vergangenen 3 Jahren mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tages-sätzen oder einer Geldbuße von wenigstens 2.500 € belegt wurden,
- weder mein/unser Unternehmen noch Angehörige des Bieters im Zusammenhang mit der Tätigkeit für das Unternehmen nach § 19 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG in den vergangenen 3 Jahren mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 € belegt wurden,]

5. Vorlage der Kopie einer von der zuständigen Agentur für Arbeit auf den Bieter ausgestellt-ten und zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots gültigen Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung i.S.v. § 1 Abs. 1 S. 1 AÜG.

Studentenwerk München
VgV-Verfahren „Beschaffung von Fachkräften
für die Hochschulgastronomie des Studentenwerks
im Wege der Arbeitnehmerüberlassung“
Vergabenummer: Verg_EU-056_20
Formblatt Nichtvorliegen von Ausschlussgründen/Eignung
Anlage 8 der Vergabeunterlagen



Als Anlage **8a** zu diesem Formularblatt beigefügt.

Formblatt Nichtvorliegen von Ausschlussgründen/Eignung
Anlage 8 der Vergabeunterlagen

6. Vorlage eines Auszuges aus dem Berufs- oder Handelsregister oder bei Bietern von außerhalb Deutschlands aus einem vergleichbaren Register des Staates, in dem der Bieter niedergelassen ist, soweit eine Eintragung nach den Rechtsvorschriften des Staates, in dem der Bieter niedergelassen ist, vorgesehen ist. Der Auszug hat den aktuellen Stand wiederzugeben und darf zum Zeitpunkt der Abgabe des Teilnahmeantrages nicht älter als 3 Monate sein.

Als Anlage **8b** zu diesem Formularblatt beigelegt.

7. Eigenerklärung des Bieters, dass er eine Haftpflichtversicherung
- a) mit einer Deckungssumme von mindestens 4.000.000,00 EUR für Personenschäden und von mindestens 4.000.000,00 EUR für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden),
 - b) wobei die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Deckungssumme pro Kalenderjahr betragen muss,

bei einem in einem Mitgliedstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmen unterhält.

Im Falle von geringeren Versicherungssummen oder geringerer Maximierung der Ersatzleistung als vorstehend unter a)-b) genannt, hat der Bieter zu erklären, dass er über eine Haftpflichtversicherung verfügt und diese im Auftragsfall an die vorstehenden Anforderungen unter a)-b) anpassen wird.

<input type="checkbox"/>	<p>Ich/wir unterhalten eine Haftpflichtversicherung</p> <p>a) mit einer Deckungssumme von mindestens 4.000.000,00 EUR für Personenschäden und von mindestens 4.000.000,00 EUR für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden),</p> <p>b) wobei die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Deckungssumme pro Kalenderjahr beträgt,</p> <p>bei einem in einem Mitgliedstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmen</p>
<input type="checkbox"/>	<p>Ich/wir</p> <ul style="list-style-type: none"> - unterhalten keine Haftpflichtversicherung, welche die unter a) und/oder b) angegebenen Anforderungen erfüllt - verfügen aber über eine Haftpflichtversicherung und werden diese im Auftragsfall an die vorstehenden Anforderungen unter a)-b) anpassen.

8. Eigenerklärung des Bieters über den Gesamtumsatz und den Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrages (Überlassung von Leiharbeitnehmern) bezogen auf die letzten drei (3) abgeschlossenen Geschäftsjahre, jeweils in EUR netto. Sollte der tätigkeitsbezogene Umsatz nicht genau ermittelt werden können, ist jeweils ein tätigkeitsbezogener Umsatz anzugeben, der in dem betreffenden Geschäftsjahr mindestens erzielt worden ist. Der Wert ist dann entsprechend zu kennzeichnen.

Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir folgenden Gesamtumsatz und folgenden Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrages, jeweils der letzten drei (3) abgeschlossenen Geschäftsjahre, jeweils in EUR netto, erzielt habe/haben:		
Geschäftsjahr	Gesamtumsatz	Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrages
<i>Geschäftsjahr</i>	<i>Betrag</i> EUR netto	<i>Betrag</i> EUR netto
<i>Geschäftsjahr</i>	<i>Betrag</i> EUR netto	<i>Betrag</i> EUR netto
<i>Geschäftsjahr</i>	<i>Betrag</i> EUR netto	<i>Betrag</i> EUR netto

9. Eigenerklärung, aus der die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten des Bieters und die Zahl der Führungskräfte des Bieters jeweils in den letzten drei (3) Jahren ersichtlich ist.

Erklärung zu Beschäftigten			
Jahr	durchschnittliche Zahl der Beschäftigten	davon Leiharbeiternehmer	von diesen Leiharbeiternehmer waren in den jeweils losgegenständlichen Bereichen tätig
<i>Jahr</i>	<i>Zahl</i>	<i>Zahl</i>	Los 1: <i>Zahl</i> Los 2: <i>Zahl</i> Los 3: <i>Zahl</i> Los 4: <i>Zahl</i> Los 5: <i>Zahl</i>
<i>Jahr</i>	<i>Zahl</i>	<i>Zahl</i>	Los 1: <i>Zahl</i> Los 2: <i>Zahl</i> Los 3: <i>Zahl</i> Los 4: <i>Zahl</i> Los 5: <i>Zahl</i>
<i>Jahr</i>	<i>Zahl</i>	<i>Zahl</i>	Los 1: <i>Zahl</i> Los 2: <i>Zahl</i> Los 3: <i>Zahl</i> Los 4: <i>Zahl</i> Los 5: <i>Zahl</i>

Jahr	Zahl der Führungskräfte
<i>Jahr</i>	<i>Zahl</i>
<i>Jahr</i>	<i>Zahl</i>
<i>Jahr</i>	<i>Zahl</i>

10. Eigenerklärung über mindestens drei (3) bis maximal fünf (5) geeignete Referenzen des Bieters über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge in Form einer Liste der in den letzten höchstens drei (3) Jahren erbrachten wesentlichen Dienstleistungen, jeweils mit Angabe

- der Bezeichnung und Beschreibung der Referenz,
- Anzahl der überlassenen Leiharbeitnehmer während des Referenzzeitraumes.
- des Erbringungszeitpunkts (Zeitraums der Leistungserbringung),
- des öffentlichen oder privaten Empfängers (Name/ Anschrift des Auftraggebers und Name des Ansprechpartners beim Auftraggeber mit Telefonnummer und E-Mail-Adresse).

Eine Referenz gilt als geeignet, wenn die folgenden Anforderungen erfüllt sind:

- Der Bieter hat im Rahmen des Referenzprojektes i.S.v. § 1 Abs. 1 S. 1 AÜG als Verleiher einem oder mehreren Entleihern Leiharbeitnehmer zur Verfügung gestellt.
- Die referenzgegenständliche Leistung wurde nach Ansicht des Referenzauftraggebers vertragskonform erbracht.

Mindestanforderung an die Referenzen ist weiter, dass bei mindestens einer Referenz die Leiharbeitnehmer dem Entleiher für Tätigkeiten im Gastronomiebereich überlassen wurden.

Es wird klarstellend darauf hingewiesen, dass für jedes Los dieselben Referenzen genannt werden können, sofern die vorstehenden Anforderungen an die Referenzen jeweils eingehalten werden.

Es werden nur die vom Bieter in der vorgesehenen Anlage des Formblatts jeweils genannten Referenzprojekte berücksichtigt. Sollten an anderer Stelle oder darüber hinaus Referenzprojekte benannt werden (z. B. auch in allgemeinen Bürobroschüren, Referenzlisten oder ähnliches), werden diese nicht berücksichtigt.

Die Referenzen und alle hierzu geforderten Angaben sind in Anlage 8c Nr. 1 ff. diesem Formularblatt beigefügt
--

Durch Abgabe des Formblatts erkläre(n) ich/wir die Richtigkeit aller in diesem Formblatt einschließlich Anlagen gemachten Angaben, Erklärungen und Nachweisen.

Anlagen

- Anlage 8a:** Kopie einer von der zuständigen Agentur für Arbeit auf den Bieter ausgestellten und zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots gültigen Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung i.S.v. § 1 Abs. 1 S. 1 AÜG
- Anlage 8b:** soweit eine Eintragungspflicht besteht: Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister
- Anlage 8c Nr. 1 ff.:** Referenzen des Bieters

Studentenwerk München
VgV-Verfahren „Beschaffung von Fachkräften
für die Hochschulgastronomie des Studentenwerks
im Wege der Arbeitnehmerüberlassung“
Vergabenummer: Verg_EU-056_20
Formblatt Nichtvorliegen von Ausschlussgründen/Eignung
Anlage 8 der Vergabeunterlagen



Anlage 8a: Kopie einer von der zuständigen Agentur für Arbeit auf den Bieter
ausgestellten und zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots gültigen
Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung i.S.v. § 1 Abs. 1 S. 1 AÜG

Gesondert beizufügen!

Studentenwerk München
VgV-Verfahren „Beschaffung von Fachkräften
für die Hochschulgastronomie des Studentenwerks
im Wege der Arbeitnehmerüberlassung“
Vergabenummer: Verg_EU-056_20
Formblatt Nichtvorliegen von Ausschlussgründen/Eignung
Anlage 8 der Vergabeunterlagen



Anlage 8b: Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister

Gesondert beizufügen!

Anlage 8c: – Referenzen des Bieters (für jedes der max. 5 Referenzprojekte ausfüllen und daher entsprechend zu duplizieren)

<i>Spalte 1</i>	<i>Spalte 2</i>
	Referenzprojekt Nr. Nr
Bezeichnung der Referenz	<i>Bezeichnung</i>
Beschreibung der Referenz	<i>Beschreibung</i>
Anzahl der überlassenen Leiharbeitnehmer während des Referenzzeitraumes	<i>Anzahl</i>
Zeitraum der Leistungserbringung:	Beginn: <i>Monat / Jahr</i> Fertigstellung: <i>Monat / Jahr</i>
Name/ Anschrift des Referenzbeauftragten	<i>Name des Auftraggebers</i> <i>Straße, Hausnummer</i> <i>PLZ, Ort</i> <i>Land</i>
Name des Ansprechpartners beim Referenzbeauftragten mit Telefonnummer und E-Mail-Adresse:	<i>Name des Ansprechpartners</i> <i>Telefonnummer</i> <i>E-Mail Adresse</i>
Bieter hat im Rahmen des Referenzprojektes i.S.v. § 1 Abs. 1 S. 1 AÜG als Verleiher einem oder mehreren Entleihern Leiharbeitnehmer zur Verfügung gestellt	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Gegenstand der Referenz war die Überlassung von Leiharbeitnehmern für Tätigkeiten im Gastronomiebereich	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Die Referenz wurde aus Sicht des Referenzbeauftragten vertragskonform erbracht:	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

Studentenwerk München
VgV-Verfahren „Beschaffung von Fachkräften
für die Hochschulgastronomie des Studentenwerks
im Wege der Arbeitnehmerüberlassung“
Vergabenummer: Verg_EU-056_20
Formblatt Nichtvorliegen von Ausschlussgründen/Eignung
Anlage 8 der Vergabeunterlagen

